

SCHEITERT DER ARABISCHE FRÜHLING?

Der Begriff „Arabischer Frühling“ bringt die Hoffnung zum Ausdruck, die sich mit dem Aufstand in Nordafrika und dem Nahen Osten verbindet, gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Was ist davon vier Jahre später geblieben?

DAS INTERVIEW FÜHRTE **NEELKE WAGNER**. FOTO **TANJA HOCHREUTHER**

Was sind die Gemeinsamkeiten der Länder, die einen Arabischen Frühling erlebt haben?

Eine grundlegende Konstante in den Ländern des Arabischen Frühlings waren und sind die autoritären Regime, die zum größten Teil korrupt sind bis auf die Knochen, eine zweite sind die Armut und die Perspektivlosigkeit insbesondere der Jugendlichen. Davon ausgehend gab es sehr unterschiedliche Entwicklungen. In Tunesien und Ägypten beispielsweise waren sich von den liberalen und den säkularen bis hin zu den islamistischen Kräften alle einig, dass die alte Diktatur überwunden werden muss. Erst nachdem sie die alten Machthaber verjagt hatten, haben sich ihre Wege getrennt. In Syrien oder Bahrain dagegen wurden die Demokratie-Bewegungen von Anfang an brutal bekämpft. In Bahrain wurde sie mit Hilfe Saudi-Arabiens, mit saudischen Panzern niedergewalzt, in Syrien hat das in den Bürgerkrieg geführt.

Was unterscheidet Tunesien von Syrien und Ägypten?

Tunesien ist insofern ein Unikat, als der Bildungsstand dort der höchste ist. Es gibt nur noch sieben Prozent Analphabeten. Das Land hat eine wirklich breite Mittelschicht und vor allem blickt es auf eine fast hundertjährige Gewerkschaftsgeschichte zurück, das ist in der arabischen Welt einmalig.

Entscheidend dafür, dass sich Tunesien tatsächlich eine Demokratie entfalten konnte, ist aus meiner Sicht jedoch, dass es geostrategisch am wenigsten interessant ist: Keine Ölvorkommen, keine geostrategisch wichtige Wasserstraße. Die alten Regime und die reaktionären Golfmonarchien haben alles getan, um den sogenannten Arabischen Frühling im Keim zu ersticken. Vor allem in Syrien und in Ägypten haben sie sich stark eingemischt, teilweise mit gegensätzlichen Interessen. Ägypten hatte besonders unter der Rivalität zwischen Saudi-Arabien,

einem Partner des langjährigen Diktators Hosni Mubarak, und Qatar zu leiden: Qatar hat die Moslebrüder gestützt, Saudi-Arabien wollte sie loswerden. Der Putsch in Ägypten war in dieser Hinsicht eine Abrechnung innerhalb der arabischen Welt.

In Syrien werden die teilweise ausgesprochen extremistischen Bürgerkriegsparteien vom Ausland massiv unterstützt, nicht nur von arabischer Seite. Die USA und die Türkei tolerieren sie zumindest, fördern sie vermutlich sogar. Syrien gilt als Verbündeter des Iran und steht seit Jahren auf der US-amerikanischen Feindesliste. Es hat den einzigen russischen Kriegshafen (Tartous), der noch funktioniert. Außerdem plant Qatar eine Gaspipeline durch Syrien in die Türkei und von dort weiter nach Europa. Syrien steht voll im Fadenkreuz der großen Mächte, das war in Tunesien anders.

Sie würden also sagen, dass der ausländische Einfluss maßgeblich dafür war, ob die Demokratie sich durchsetzen konnte oder nicht?

Ja, auf jeden Fall. Den ausländischen Einfluss gab es auch in Tunesien, aber nicht so massiv und so entscheidend.

Das heißt im Umkehrschluss, dass die Menschen in geostrategisch wichtigen Staaten wie Syrien und Ägypten nicht darauf hoffen können, dass sich bald etwas verbessert?

Nun, die Grundprobleme, die zu den Aufständen geführt haben – das soziale Elend, die Rechtlosigkeit – wurden ja nicht aus der Welt geschafft. Insofern denke ich, dass in absehbarer Zeit neue Aufstände zu befürchten sind. Das ist in meinen Augen die große Errungenschaft des Arabischen Frühlings: Er hat gezeigt, dass die Masse der Bevölkerung zwar keine Revolution machen kann, aber sie haben immerhin einen Diktator zum Teufel gejagt. Das ist, zumindest für Ägypten, eine einmalige Erfahrung.

Der Arabische Frühling hat den Leuten also Mut gemacht?

Ja, denn sie haben ihre Souveränität eingefordert nach dem Motto: „Wir sind das Volk, und wir wollen uns nicht weiter ausbeuten und unterdrücken lassen“.

Gibt es demokratische Gruppen in Ägypten, die sich sammeln und versuchen, sich wieder zu organisieren?

Das ist in Ägypten derzeit außerordentlich schwierig. Die Muslimbrüder werden als terroristische Vereinigung verfolgt, aber die linken, säkularen, bürgerlich-demokratischen Kräfte werden genauso unterdrückt, auch wenn man sie nicht als Terroristen bezeichnet. Sie werden genauso verhaftet und in die Gefängnisse gebracht, in denen gefoltert wird. Da geschieht gerade sehr schlimme Repression gegen alles, was sich irgendwie demokratisch artikuliert.

Zählen die Muslimbrüder zu den demokratischen Kräften oder nicht?

Ich bin vorsichtig damit, die Islamisten als demokratische Kraft zu bezeichnen – es hängt davon ab, was passiert, wenn sie an der Macht sind. Mursi in Ägypten hat sich nicht sonderlich demokratisch verhalten, auch wenn seine Zeit zumindest insoweit ein Fortschritt war, als das alte Regime besiegt schien. In Tunesien dagegen haben die Muslimbrüder sich freiwillig stark zurückgenommen: Sie sind von der Regierung zurückgetreten, als sich die Bevölkerung gegen sie gestellt hat. Man muss sehen, ob sie ihre politische Agitation jetzt zurückfahren und sich in das demokratische politische System eingliedern.

Welche Rolle spielen Deutschland und die EU? Können sie die Demokratisierung in diesen Ländern sinnvoll unterstützen?

Im Prinzip könnten sie das, aber dem stehen die Interessen der Wirtschaft entgegen, die aus den arabischen Ländern eine verlängerte Werkbank mit billigen Löhnen machen will. Die EU hat mit mehreren Mittelmeerstaaten Handels- und Investitionsverträge abgeschlossen, die europäische Unternehmen enorm begünstigen. In Marokko oder in Tunesien bestimmen diese Abkommen beispielsweise, dass europäische Firmen 20 Jahre lang keine Steuern zahlen. Solche Vorteile haben einheimische Firmen nicht. Und wenn dann noch Zölle abgebaut werden, kann sich die dortige Wirtschaft überhaupt nicht entwickeln, denn damit entfallen für die Staaten genau die Gelder, die sie bräuchten, um ihre Infrastruktur aufzubauen und um das Gesundheits- und Bildungswesen zu finanzieren. Das Resultat ist dann, dass eine Menge Leute ohne Perspektive bleiben. In all diesen Ländern – wie übrigens

auch in Südeuropa – haben viele der arbeitslosen Jugendlichen einen Hochschulabschluss. Das ist eine Lage, die eine Revolte geradezu herbeiführt.

Sie würden also sagen, dass Demokratisierung eine wirtschaftliche Entwicklung voraussetzt?

Genau. Man sollte die Wirtschaft dort sich entwickeln lassen, ohne Einflussnahme von außen. Eine Handelspolitik, die die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern unterstützt, wäre die beste Demokratietarbeit.



„Eine Handelspolitik, die die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern unterstützt, wäre die beste Demokratietarbeit.“

WERNER RUF

Was wird in Tunesien ein nächster wichtiger Meilenstein sein, an dem sich zeigt, dass die Demokratie sich weiter stabilisiert?

Vieles deutet darauf hin, dass Tunesien auf der Grundlage einer neuen, geradezu mustergültigen Verfassung und von demokratisch gewählten Organen (Parlament, Präsident) tatsächlich eine Chance hat, sich zu entwickeln und zu stabilisieren. Dagegen stehen gewichtige Faktoren: Da ist zum Einen die gnadenlos neoliberale Politik der EU. Zum Anderen hat Tunesien ein Terrorismus-Problem, an dem die islamistische En-Nahda-Partei eine Mitschuld trägt. Außerdem kommen Terroristen aus dem Nachbarstaat Libyen, dessen Staatlichkeit durch den Krieg des Westens zerstört ist. Fast zwei Millionen libysche Flüchtlinge hat das kleine Tunesien mit

gut elf Millionen Einwohner/innen aufgenommen. Die Immobilienpreise explodieren, Wohnraum ist kaum mehr bezahlbar. Subventionierte Lebensmittel werden in großen Mengen gekauft und nach Libyen verschoben – ein weiterer Aderlass für die ohnehin schwache tunesische Ökonomie. Diese Entwicklungen haben dem Tourismus, einen der wichtigsten Devisenbringer des Landes, gravierend geschadet. All das stellt die neue Regierung vor gewaltige Herausforderungen. /

„GLOBALE DEMOKRATIEENTWICKLUNG - ZWISCHEN TRAUM UND TRAUMA“

Prof. Werner Ruf spricht auf der Jahrestagung von Mehr Demokratie zum Thema „Tunesiens Demokratieentwicklung: Vorbild für Nordafrika“. Mehr Informationen zu Programm und Anmeldung finden Sie auf der Rückseite.

Prof. Dr. Werner Ruf

em. Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel, Nordafrika-Spezialist und Friedens- und Konfliktforscher.